

16. Oktober 2001

### **LHStv. Onodi: Rettungswesen muss gesichert bleiben**

#### **Zusammenlegungen von Stützpunkten nicht vorstellbar**

„Das auf den Einsatz Tausender Freiwilliger basierende niederösterreichische Rettungswesen muss auch in Zukunft finanziell und organisatorisch abgesichert werden“, sagte gestern Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi. „Die Klagen der Rettungsorganisationen wegen der Finanzierung des Krankentransport- und Rettungsdienstes und der Zunahme der Leistungen bzw. Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Abgeltung werden von der niederösterreichischen Landespolitik sicher nicht leichtfertig abgetan“, meinte Onodi. „Es ist mein persönliches Anliegen, die Rettungsorganisationen überall dort, wo sie Hilfe benötigen, bestmöglichst zu unterstützen.“

Die Menschen werden dank des medizinischen Fortschritts immer älter, was aber auch die Anforderungen an die Rettungsdienste Rotes Kreuz und Arbeitersamariterbund erhöht. Ebenso kann das Bundesland Niederösterreich auf eine steigende Bevölkerungsentwicklung verweisen. Mehr Menschen bedingen aber ebenso eine Zunahme der Fahrten. Auch seien die Rettungsorganisationen unverschuldet durch budgetäre Maßnahmen des Bundes in eine finanziell schwierigere Situation geraten, beispielsweise durch Kürzungs- und Sparmaßnahmen im Bereich der Versicherungsträger oder der Zivildienstler. Immer wieder in die Diskussion eingebrachte Forderungen nach Zusammenlegungen von Stützpunkten kann Onodi wenig abgewinnen. „Wer Derartiges fordert, weiß nicht um die speziellen Anforderungen und Gegebenheiten Bescheid. Die Rettungsorganisationen sind nicht mit jedem beliebigen Wirtschaftsbetrieb vergleichbar, da mehr als 90 Prozent der Leistungen dankenswerter Weise von Freiwilligen erbracht werden. Hier liegt eine besondere Bindung zum Stützpunkt, zur Gemeinde und zur eigenen Einrichtung vor. Schließungen oder Zusammenlegungen von Stützpunkten würden damit den Verlust von vielen freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedeuten, wobei längere Anfahrtswege und zusätzliche Erschwernisse für die Freiwilligen wegen des zusätzlichen Zeitaufwandes oder eigener Kosten auch als unzumutbar anzusehen sind“, meinte Onodi.

Im Bereich des Notarztwagendienstes hat das NÖ Gesundheitsressort jedenfalls eine vertragliche Grundlage für eine längerfristig abgesicherte Finanzierung dieser Dienstleistung für die Rettungsorganisationen ausgearbeitet. Entsprechende Gespräche auf Ebene der Landesregierung sollten hier rasch zu einer Einigung führen.

## **NK** Presseinformation

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: [presse@noel.gv.at](mailto:presse@noel.gv.at)